



Spenden von rechtsextremen Organisationen und Personen

Praxispapier Nr. 1

Vereinnahmungsversuche durch Spenden

Soziale Einrichtungen und Vereine sind zur Finanzierung besonderer Aktivitäten und zur Aufrechterhaltung bzw. Ergänzung von Angeboten auf monetäre Unterstützung und Sachspenden angewiesen. Gespendet wird allerdings nicht immer uneigennützig. Mandatsträger*innen politischer Parteien und Gruppierungen, unter ihnen auch rechtsextreme, bieten sozialen Trägern Kleider- und Lebensmittelspenden bzw. Geldspenden an und versuchen, ihre Spende für politische Werbezwecke einzusetzen.

Es ist schwierig jede Spende auf ihre Herkunft und die Intention der Spendenden zu überprüfen. Zum einen ist es nicht immer möglich, eine Spende vollständig zurückzuerfolgen, da Geld- oder Sachspenden auch anonym erfolgen können, zum anderen können Spenden auch im Namen von Unternehmen oder Einzelpersonen getätigt werden, bei denen politische Interessen zunächst nicht offensichtlich sind.

Ohne alle Spendenden unter Generalverdacht stellen zu wollen, müssen sich soziale Einrichtungen jedoch – mindestens bei Spenden, deren Übergabe medienwirksam begleitet wird – vergewissern, mit wem sie es zu tun haben. Anderenfalls laufen sie Gefahr, politisch vereinnahmt zu werden und dies könnte ihren öffentlichen Ruf nachhaltig schädigen.

Impressum

Herausgeber:

InSchwung – für Demokratie und Beteiligung

Stiftung Wohlfahrtspflege Brandenburg – Gemeinschaftsstiftung des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes in Brandenburg

Tornowstraße 48

14473 Potsdam

www.beteiligung-paritaet.de

Redaktion:

Gabi Jaschke, unter Bearbeitung des Praxispapiers von Schau HIN vor Ort, ein Projekt des PARITÄTISCHEN Landesverbands Thüringen e.V.

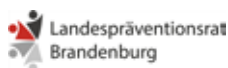
Lektorat: Christiane Rust

Gestaltung: Layoutlabor, Dieter Raupach

1. Auflage, Dezember 2020



Gefördert durch das Bundesministerium des Innern,
für Bau und Heimat im Rahmen des Bundesprogramms „Zusammenhalt durch Teilhabe“.



Wer wir sind und warum dieses Praxispapier

Die mehr als 320 rechtlich selbständigen, gemeinnützigen Organisationen unter dem Dach des **PARITÄTISCHEN Landesverbands Brandenburg** verbindet ein menschenrechtsorientiertes Demokratieverständnis, das diskriminierende und menschenfeindliche Bezüge ausschließt. Die Idee der Parität, der Gleichwertigkeit aller Menschen, die Namensgeber des Verbandes ist, prägt unser Verständnis sozialer Arbeit. Wir stehen für gelebte Demokratie und eine Kultur der Offenheit, Vielfalt und des Respekts, insbesondere auch innerhalb unserer Mitgliedsorganisationen und Einrichtungen.

Das Erstarken demokratiefeindlicher Organisationen und Haltungen zwingt uns zur Auseinandersetzung mit der Frage, wie wir uns als Teil der Zivilgesellschaft aktiv für demokratische Werte einsetzen und dazu beitragen können, dass Ungleichwertigkeit weder politisch noch kulturell, weder innerhalb noch außerhalb unserer Einrichtungen um sich greifen können. Dabei haben wir, indem wir zu unseren eigenen demokratischen Werten stehen und für diese in und mit unserer Arbeit werben, immer auch Vorbildfunktion für andere zivilgesellschaftliche Akteure.

InSchwung – für Demokratie und Beteiligung ist ein Angebot des PARITÄTISCHEN Landesverbands Brandenburg in Trägerschaft der Stiftung Wohlfahrtspflege Brandenburg, das den Landesverband bei dieser Aufgabe unterstützt und im Umgang mit „Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit“¹ stärkt.

Mitzureden, die eigenen Wünsche und Erfahrungen in die Gestaltung der eigenen Lebens- und Arbeitswelt einzubringen, ist zentrales menschliches Bedürfnis und Grundlage jeder demokratischen Arbeit, in und außerhalb sozialer Einrichtungen. So bildet InSchwung z.B. Mitarbeiter*innen von Mitgliedsorganisationen zu Teamberater*innen für Beteiligungskultur weiter. InSchwung unterstützt Mitgliedsorganisationen bei Veranstaltungen, die Begegnungen zwischen zivilgesellschaftlichen Akteuren und der Politik auf Augenhöhe ermöglichen und die Mitglieder als politisch zivilgesellschaftlich Handelnde im lokalen Raum stärken und vernetzen.

Zur Stärkung demokratischer Werte, insbesondere zum Umgang mit demokratiefeindlichen Herausforderungen, Vorurteilen und Konflikten, bietet InSchwung bedarfsgerechte, politische Bildungsformate an.

In loser Folge veröffentlicht InSchwung Arbeitshilfen zur Umsetzung demokratischer Werte.

¹ Zum Begriff „Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“, „Rechtsextremismus“ und „Rechtspopulismus“ vgl. www.amadeu-antonio-stiftung.de/rechtsextremismus-rechtspopulismus/was-ist-rechtsextremismus/

Erste Schritte bei Spendenangeboten

Wird eine Spende angeboten, **die von den Spendenden im Beisein der Presse oder eines Fotografen übergeben werden soll**, so haben sich folgende Schritte bewährt:

- Ruhe bewahren – Rücksprache halten – Keine spontanen Entscheidungen: Notieren Sie sich die Kontaktdaten der Spendenden und holen Sie Informationen ein. Klären Sie, ob eine Verbindung zwischen den Spendenden und einer rechtsextremen Organisation besteht. Hierbei können InSchwung – für Demokratie und Beteiligung oder das Aktionsbündnis Brandenburg helfen.
- Grundsätzlich sollte die Abwicklung von Spenden, die medienwirksam übergeben werden sollen, stets über die Einrichtungsleitung erfolgen und ggf. auch der Träger miteinbezogen werden.
- Wägen Sie ab, welche Konsequenzen die Annahme oder Ablehnung der Spende hat.

Hinweis: Spenden, deren Verwendungszweck nicht mit den Zielen und Werten des Trägers übereinstimmen (bspw. Verwendungszweck „nur für Deutsche“), sollten in jedem Fall abgelehnt werden. Denn die Spende zweckbestimmt zu verwenden, verstößt gegen die eigenen Werte und schadet dem Ansehen der Organisation; die Zweckbestimmung zu ignorieren, verstößt jedoch gegen steuerrechtliche Bestimmungen².

Handlungsoptionen

Sowohl die Übergabe der Spende als auch die Ablehnung der Spende kann für die mediale Inszenierung rechtsextremer Spender*innen in den sozialen Medien genutzt werden.

a. Die Spende annehmen.

Die Einrichtung wird instrumentalisiert für die politische Selbstinszenierung der Spendenden. Dies mag bei vielen Spenden der Fall sein, die öffentlichkeitswirksam übergeben werden sollen. Wenn es sich bei den Spendenden allerdings um Personen oder Organisationen handelt, die im rechtsextremen Spektrum zu verorten sind, dient die Spende der Werbung für demokratiefeindliche Ziele. Die öffentliche Inszenierung der Spendenübergabe und die damit verbundene Verletzung der demokratischen Werte des Trägers, kann dem Ruf des Trägers nachhaltig schaden und ihn unglaubwürdig machen.

Hinweis: Oft weisen (rechtsextreme) Spendende die Absicht, den Träger instrumentalisieren zu wollen, als Unterstellung zurück. Sie behaupten, es würde ihnen ausschließlich um „Hilfe für Bedürftige und sozial Schwache“ gehen. Es handelt sich dabei um ein vorgeschobenes Argument. Denn wenn dem wirklich so wäre, würden die Spendenden nicht ankündigen, die Spendenübergabe medial begleiten zu wollen.

b. Die Spende ablehnen.

Falls die Spende eindeutig aus dem rechtsextremen Umfeld kommt, sollte sie **schriftlich abgelehnt** werden.

Die Ablehnung ermöglicht es den Spendenden, sich als Opfer zu inszenieren und den sozialen Träger für „ausgrenzendes Verhalten“ zu kritisieren. Sie sollte daher gut vorbereitet und begründet werden. Hierzu ein paar Hinweise:

- Benutzen Sie bei Ihrer schriftlichen Ablehnung klare Aussagen, kurze Sätze und wertschätzende Kommunikation. Ihr Text sollte nicht mehr als eine Seite umfassen.
- Formulieren Sie Ihre Werte und Inhalte. Verweisen Sie ggf. auf Ihr Leitbild und dass dieses nicht mit den Werten der Spendenden einhergeht.

Formulierungshilfe: „Sie haben unserer Einrichtung eine Spende angeboten. Leider können wir Ihre Spende nicht annehmen. Das Menschenbild unserer Einrichtung ist mit dem Ihrer Gruppierung/ Ihres Vereins/Ihrer Partei nicht vereinbar. Wir stehen, im Gegensatz zum überwiegenden Teil Ihrer Gruppierung, für eine offene und demokratische Gesellschaft, die Menschen unabhängig von ihrer Herkunft, ihres Geschlechts, ihres Glaubens oder ihrer sexuellen Orientierung respektiert und unterstützt. In unserem Leitbild haben wir daher formuliert... Eine Annahme Ihrer Spende würde diesem Grundprinzip widersprechen.“

- Bereiten Sie sich auf mögliche negative Reaktionen (sog. „Shitstorm“³) in den sozialen Medien vor: „Offenbar hat der Träger genug Geld!“ – „Er grenzt andere aus!“ – „Er ist nicht politisch neutral!“ – „Es geht ihnen offenbar nicht um die Bedürftigen.“
- Informieren Sie Ihre Mitarbeitenden und diskutieren Sie im Vorfeld gemeinsam, wie sie auf mögliche Nachfragen von Nutzenden und deren Angehörigen reagieren.
- Bereiten Sie sich auf mögliche Nachfragen der Presse vor und planen Sie Ihre Medienstrategie: Wer ist zuständig? Gehen Sie selbst in die „mediale Offensive“ oder warten Sie die Reaktion ab?
- Holen Sie sich ggf. Verbündete, z.B. andere PARITÄTISCHE Mitgliedsorganisationen in Ihrer Region.
- Informieren Sie den PARITÄTISCHEN Landesverband über die Regionalleitung oder das Fachreferat und lassen Sie sich beraten durch InSchwung oder andere spezialisierte Beratungsangebote.

Aber Ihre Zurückweisung der Spende trifft nicht nur auf Protest. Ihre klare Haltung löst auch positive Reaktionen in den sozialen Medien (einen „Candystorm“) aus: „Respekt! Die halten an ihren Werten fest!“ – „Wenn es um die Bedürftigen gehen würde, würden sie anonym und ohne Foto spenden! Aber ihnen geht es nur um Propaganda!“

Handlungsmöglichkeiten im Nachgang

Nicht immer wird eine Spende vor der Übergabe angekündigt. Es sind Fälle bekannt geworden, in denen Einrichtungen erst im Nachhinein feststellen mussten, dass die Spendenden einer rechtsextremen Organisation/Verein/Partei angehören und die Spende medial nutzen.

Beispiel: Der Uniklinik Dresden wurden im März 2020, während des ersten „Lockdowns“, von AfD-Politikern 200 extra angefertigte Textilmasken übergeben. Die Spende war zuvor als milde Gabe von Abgeordneten des Landtags angekündigt worden, ohne die Fraktion zu benennen. Diese feierte ihre Spende breit per Pressemitteilung und in den sozialen Netzwerken, u.a. auch mit Fotos, die sie vor der Uniklinik aufgenommen hatten. Das Klinikum fühlte sich politisch instrumentalisiert.⁴

Das verändert die Ausgangslage für die Einrichtung: Der Schaden hat schon stattgefunden. Die Einrichtung ist medial mit einer rechtsextremen Organisation in Verbindung gebracht worden. Nur eine einfache Rückgabe der Spende ohne Medienbegleitung würde die Rufschädigung nicht beheben, sollte aber dennoch in Erwägung gezogen werden.

³ Zum Umgang mit Hass und Hetze in den sozialen Medien siehe „Weiterlesen“

⁴ www.rnd.de/politik/afd-laesst-corona-masken-fuer-klinik-naehen-die-fuehlt-sich-ausgenutzt-H7HCN6RWM5HSPDV2TFT25H44IY.html

a. Die Spende behalten

Liegt die Spende schon länger zurück, wäre zu überlegen, ob nicht andere öffentlichkeitswirksame Maßnahmen, bspw. Teilnahme an einem „Demokratiefest“, Mitgliedschaft im „Bündnis gegen Rechts“ o.ä., geeigneter sind, das Vertrauen in die Wertebasis Einrichtung wiederherzustellen als die Rückgabe der Spende. Denn eine öffentlichkeitswirksame Rückgabe würde erneut einen Medienanlass für rechtsextreme Opferinszenierungen schaffen.

In jedem Fall sollten jedoch Mitarbeitende, aber auch Fördermittelgebende und Netzwerketeiligte etc. über die Situation informiert werden.

Sind die Spenden nicht zweckgebunden, können Sie diese ggf. auch innerhalb des Trägers zur Unterstützung anderer Einrichtung bzw. bestimmter Gruppen, die dem rechtsextremen Weltbild zuwiderlaufen, verwenden. Damit können Sie – innerhalb des gesetzlichen Rahmens – das rechts-extreme Anliegen unterlaufen.

Auch dies sollten Sie, um Ihren Ruf als wertebasierte Organisation zu stärken und sich klar von rechtsextremen Haltungen zu distanzieren, mit guter Öffentlichkeitsarbeit begleiten.

Beispiel: Die Uniklinik Dresden gab die Textilmasken, die sie von den AfD-Politikern erhalten hatte, an die Flüchtlingsambulanz weiter.

b. Die Spende zurückgeben

Die Rückgabe der Spende sollte sehr zeitnah erfolgen und medial begleitet werden. Sie sollten sich in diesem Fall auf mögliche Reaktionen vorbereiten. Nicht immer sind diese negativ: Sie können die Presseaufmerksamkeit auch nutzen, um auf Ihre Werte und Anliegen hinzuweisen und diese mit Mitarbeitenden, Nutzenden und deren Angehörigen und möglichen Unterstützenden zu diskutieren. So können Sie aus einer schwierigen Situation gestärkt hervorgehen.

Weitere Handlungsmöglichkeiten

Leitbilder und Werte kommunizieren

Ein Leitbild der Organisation verdeutlicht Nutzenden, Angehörigen und Netzwerkteiligten, aber auch neuen Mitarbeitenden, wofür die Organisation steht. Leitbild und Werte sollten mit Mitarbeitenden und Ehrenamtlichen, in regelmäßigen Abständen und bei geeigneten Anlässen diskutiert und ggf. weiterentwickelt werden.

Krisenkommunikation planen

Zu einer guten Vorbereitung gehört ein guter Krisenkommunikationsplan, der mögliche Situationen durchspielt und exemplarisch Zuständigkeiten und Abläufe klärt und transparent macht. Inschwung unterstützt Sie dabei gern.

Spendenkodex/Spendenleitfaden

Eine weitere Möglichkeit sind Selbstverpflichtungserklärungen, die über „Charta der Spenderrechte“⁵ oder Initiative Transparente Zivilgesellschaft⁶ hinausgehen.

Formulierungshilfe: „Sowohl bei der Annahme von Spenden als auch von Projektspenden wird die Werteverträglichkeit von Spendern und Verband sorgfältig geprüft. Spenden von Organisationen, deren Ziele in Widerspruch zu unserem Leitbild stehen oder die unserem Ansehen schaden können, werden abgelehnt.“

Datenschutz und Hausrecht

Unangekündigte Besuche, das Fotografieren der Räume und Menschen in einer Einrichtung, können Sie immer mit Hinweis auf Ihr Hausrecht und den Schutz der Privatsphäre Ihrer Zielgruppe unterbinden. Ein Presseausweis bringt hier keine besonderen Befugnisse mit sich, sondern weist den Inhabenden lediglich als Journalist*in aus. Auch aus der Funktion als Abgeordnete kann kein selbstverständliches Besuchsrecht für private Einrichtungen abgeleitet werden.⁷

Weiterbildungsangebote wahrnehmen

Nutzen Sie Weiterbildungsangebote von InSchwung zum Umgang mit demokratiefeindlichen Herausforderungen und anderen Themen im Kontext der Umsetzung demokratischer Werte und nehmen Sie auch aktuelle Bildungsangebote des Paritätischen Bildungswerkes⁸ wahr. Beide Angebote sind ggf. auch als inhouse-Veranstaltungen oder als Web-Seminar verfügbar.

Weiterlesen

www.der-paritaetische.de/schwerpunkte/vielfalt-ohne-alternative/
www.aktionsbuendnis-brandenburg.de

Umsetzung des „Positionspapiers zu Rechtsextremismus und Politik der AfD“, insbesondere in Wahlkampfzeiten, Der Paritätische Gesamtverband Juli 2019

www.der-paritaetische.de/fileadmin/user_upload/Schwerpunkte/vielfalt-o-alternative/doc/broschuere-Positionspapier-AfD-2019_web.pdf

Umgang mit Hass und Hetze in Sozialen Medien, Der Paritätische Gesamtverband März 2020

www.der-paritaetische.de/schwerpunkt/digitalisierung/webzeugkoffer/faq/broschuere-umgang-mit-hass-und-hetze-in-sozialen-medien/

Druck aus den Parlamenten – Zum Umgang sozialer Organisationen mit Anfeindungen von rechts, Der Paritätische Gesamtverband, Oktober 2020

www.mbr-berlin.de/wp-content/uploads/2020/11/druck-aus-den-parlamenten_web.pdf

Wahrnehmen – Deuten – Handeln, Der Paritätische Gesamtverband, 2016

www.der-paritaetische.de/fileadmin/user_upload/Publikationen/doc/rechtsextremismus_web.pdf

Diskriminierung in sozialen Einrichtungen paritätisch entgegentreten!, InSchwung, Dezember 2017

www.paritaet-brb.de/fileadmin/user_upload/Diskriminierungsbrosch.pdf

⁷ Siehe „Weiterlesen“

⁸ www.pbw-brandenburg.de

Hilfe und Informationen

InSchwung für Demokratie und Beteiligung

Gabi Jaschke
Tornowstr. 48
14473 Potsdam
Tel. 0176 42081252
E-Mail: gabi.jaschke@paritaet-brb.de
www.beteiligung-paritaet.de

Ihre Ansprechpartner*innen vor Ort

Der PARITÄTISCHE, LV Brandenburg Regionalbüro Oder

Jacqueline Eckardt
Oberkirchplatz 2
15230 Frankfurt (Oder)
Tel.: 0335 869487 06
E-Mail: jacqueline.eckardt@paritaet-brb.de

Der PARITÄTISCHE, LV Brandenburg Regionalbüro Barnim/Uckermark

Dunja Schwarz-Fink
Schönholzer Str. 4
16227 Eberswalde
Tel.: 03334 – 33130
E-Mail: dunja.schwarz-fink@paritaet-brb.de

Der PARITÄTISCHE, LV Brandenburg Regionalbüro Prignitz/Ruppin

Antje Baumgart
Fehrbelliner Str. 139
16816 Neuruppin
Tel.: 03391 5012 04
E-Mail: antje.baumgart@paritaet-brb.de

Der PARITÄTISCHE, LV Brandenburg Regionalbüro Elster / Fläming

Steffen Große
Kleiner Haag 26
14943 Luckenwalde
Tel.: 03371 40476 00
E-Mail: steffen.grosze@paritaet-brb.de

Der PARITÄTISCHE, LV Brandenburg Regionalbüro Havel

Ellen Jordan
Kleine Gartenstraße 50a
14776 Brandenburg an der Havel
Tel.: 03381 2014 37
E-Mail: ellen.jordan@paritaet-brb.de

Der PARITÄTISCHE, LV Brandenburg Regionalbüro Lausitz

Grit Meyer
Zielona-Gora-Straße 16
03048 Cottbus
Tel.: 0355 86695 81
E-Mail: grit.meyer@paritaet-brb.de